

Schweiz

20.10.2004 -- Tages-Anzeiger Online

Merz will weniger Steuerbürokratie

Finanzminister Hans-Rudolf Merz erklärt die Steuerpolitik zum Kerngeschäft. Er lässt alles prüfen - von der «Entbürokratisierung» über die individuelle Besteuerung bis hin zu einer Flat-rate-tax und andern visionären Modellen.

«Ich will die Prioritäten neu fassen in Richtung Steuerpolitik», sagte Merz vor den Medien im Bundeshaus. Der Steuerbereich sei wohl mit ein Grund für die Wachstumsschwäche der Schweiz. Merz legte dem Bundesrat eine Auslegeordnung vor, die vom Kollegium erörtert und akzeptiert wurde.

Kurzfristig setzt der Finanzminister bei den «berechtigten Klagen» der Steuerpflichtigen über den bürokratischen Aufwand an. Die Steuerverwaltung prüft zusammen mit den Kantonen die rasche Umsetzung von 13 Empfehlungen, die eine Arbeitsgruppe im Sinne eines Postulats der CVP-Fraktion ausgearbeitet hat.

Zur Diskussion stehen neben verschiedenen Vereinfachungen im Veranlagungsverfahren insbesondere vermehrte Pauschalierungen, (z.B. Berufskosten, Vermögensverwaltung, Krankheitskosten) und Quellensteuern für gewisse Einkünfte. Für Steuerzahler wie für Behörden soll zudem der Einsatz von EDV verbessert werden.

Bei der Mehrwertsteuer sind laut Merz zudem schon auf Anfang bzw. Mitte 2005 insgesamt 15 Praxisänderungen vorgesehen. Vereinfachungen - beispielsweise beim Vorsteuerabzug für kleinere Beträge - sollen namentlich den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) das Leben erleichtern.

Gearbeitet wird auch an Reformen von grosser finanzieller Tragweite. Dazu gehört die Ehe- und Familienbesteuerung. Nach dem Nein zum Steuerpaket am 16. Mai bleibe hier Handlungsbedarf, sagte Merz. Man prüfe «intensiv» den Übergang zur Individualbesteuerung und werde dem Parlament im Winter einen Grundlagenbericht zuleiten.

Auf Trab halten den Finanzminister zahlreiche Vorstösse, die mit neuen Abzügen, Kinderrenten, höheren Familienzulagen, Ergänzungsleistungen, Prämienverbilligungen und dergleichen Sozialpolitik betreiben und die Familien entlasten wollen. Das alles zusammen lasse sich nicht realisieren, sagte Merz.

Eine «Patt-Situation» hat laut Merz die Vernehmlassung zur zweiten Unternehmenssteuerreform ergeben, mit der Risikokapital gezielt entlastet werden soll. An den Modellen schieden sich die Geister. Die Steuerverwaltung arbeite deshalb an Alternativen. Das brauche etwas Zeit: «Ich will ein solides Projekt vorlegen.»

Bereits beim Parlament liegt die unveränderte Neuauflage der kaum bestrittenen Stempelgesetzrevision, die im Mai zusammen mit dem Steuerpaket unterging. Im Herbst folgt eine Botschaft zur Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen. Andere Vorhaben sind ebenfalls weit fortgeschritten, darunter die «Erbenamnestie».

Mit langfristigem Horizont werde auch an «Visionen» gearbeitet, sagte Merz. Es gehe darum, die Vor- und Nachteile von Ideen und Modellen wissenschaftlich zu evaluieren und zu bewerten. Erste gesicherte Ergebnisse seien deshalb nicht vor 2006 zu erwarten.

Geprüft wird im Kapitel der Visionen unter anderem die «Flat-rate-tax», bei der alle Einkommen zum gleichen Tarif besteuert werden und es im Wesentlichen nur noch einen Sozialabzug gibt. Ein anderes Modell wäre die negative Einkommenssteuer: Hier erhält Geld vom Staat, wer ein bestimmtes Einkommen nicht erreicht.

Trotz den negativen Volksentscheiden zu Energieabgaben noch nicht vom Tisch ist die «Ökologisierung des Steuersystems». Nach Auskunft von Merz wurde das Langfristprogramm im Laufe der Aussprache um dieses Element ergänzt. «Früher oder später wird der Umgang mit der Ökologie grössere Bedeutung erlangen», sagte Merz.